

BÜRGERBEWEGUNG FREUNDE DES SPESSARTS

Ein Herz für einen Nationalpark in unserem Spessart



Michael Kunkel
1. Vorsitzender
Kurzenrainstraße 17
63869 Heigenbrücken

Bayerisches Staatsministerium
für Umwelt und Verbraucherschutz
Frau Ulrike Scharf
Rosenkavalierplatz 2
81925 München

Heigenbrücken, 28.06.2017

Statement zum Jahrhundertprojekt Nationalpark im Spessart

Sehr geehrter Frau Staatsministerin,

gerne nehmen wir - die Delegation der „Bürgerbewegung Freunde des Spessarts“ - die Gelegenheit wahr, Ihnen nochmals befürwortende Gründe für einen Nationalpark im Spessart darzulegen.

Wir überbringen Ihnen die Grüße und die Unterschriften von rund 10.000 Unterstützern bzw. Mitgliedern unseres Vereins, die sich in vielen intensiven Gesprächen bei Versammlungen und auf den Marktplätzen unserer Gemeinden unserer Bewegung angeschlossen haben. Hinter diesen Grüßen und Unterschriften stehen keine materiellen Einzelinteressen, sondern der weit verbreitete Wunsch, in unserer Spessartregion ein großartiges Naturerbe für kommende Generationen zu sichern.

Folgende Punkte möchten wir ganz besonders hervorheben:

1.

Der Spessart ist von allen in Frage kommenden Nationalparkkandidaten das **natur-**
schutzfachlich am besten geeignete Gebiet. Das bestätigen Ihre eigenen Worte bei der Informationsveranstaltung für Kommunen und regionale Mandatsträger am 10. Febru-

ar 2017 in Aschaffenburg, wo Sie folgende Merkmale des Spessarts besonders herausgestellt haben:

- Einzigartiges Vorkommen alter, geschlossener Laubwälder mit naturnahen Buchen- und Eichenbeständen.
- Herausragende Stellung im Naturschutz in Mitteleuropa und ein Alleinstellungsmerkmal in Bayern.
- Mit einem im Norden Bayerns gelegenen Nationalpark Spessart käme bayernweit eine neue naturräumliche und naturschutzfachliche Qualität zu den bestehenden Nationalparks Bayerischer Wald und Berchtesgaden hinzu.

Die neue Qualität sehen wir vor allem darin, dass neben den vorhandenen und vom Nadelholz geprägten Nationalparks nun auch der hohe ökologische Wert fränkischer Laubwälder entsprechend gewürdigt würde und ihr längst überfälliger Schutz zum Tragen käme.

2.

Selbst unter Berücksichtigung forstwirtschaftlicher Aspekte spricht alles dafür, den dritten bayerischen Nationalpark im Hochspessart zu etablieren. Denn gerade der betroffene Forstbetrieb Rothenbuch weist aufgrund der Buchendominanz eine nur **geringe forstwirtschaftliche Ertragskraft**, dafür aber eine umso **höhere ökologische Qualität** seiner Wälder auf. Fast nirgendwo sonst hätte ein Nutzungsverzicht so geringe finanzielle Verluste und eine so durchschlagend positive Wirkung für den Artenschutz zur Folge. Der Forstbetrieb Rothenbuch wirft trotz hoher Wertschöpfung durch den Verkauf von Eichenholz kaum noch Gewinne ab.

3.

Mit ihrer Absicht, einen dritten Nationalpark in Bayern einzurichten, erkennt die bayerische Staatsregierung die **Notwendigkeit großflächiger Schutzgebiete zur Erhaltung der biologischen Vielfalt** im Freistaat an. Sie bewegt sich damit auf der Erkenntnisbasis international anerkannter Wissenschaftler sowie der beratenden Expertengruppe, die sich über den Sinn von Nationalparks und den entsprechenden Prozessschutz einig sind.

Infolgedessen ist es naheliegend, dass so wichtige Entscheidungen wie die Ausweisung eines Nationalparks nicht ausschließlich dem Mehrheitswillen der unmittelbar Betroffenen unterworfen werden können. Das folgende Beispiel soll dies näher verdeutlichen:

Im Spessart müssen wir zurzeit mit ansehen, wie durch den sechsspurigen Ausbau der Autobahn A3 ganze Berghänge abgetragen und der Wald auf zig Hektar großflächig und unwiederbringlich zerstört wird. Dieser Eingriff ist viel massiver als die Ausweisung eines Nationalparks. Trotzdem gibt es in den betroffenen Gemeinden keine Proteste oder die Forderung nach einem Votum, ob man damit einverstanden ist. Käme eine

Spessartgemeinde auf die Idee, darüber abstimmen zu wollen, würde die bayerische Staatsregierung wahrscheinlich lediglich auf die Zwänge durch den Bundesverkehrswegeplan verweisen. Es macht also keinen Sinn, dass wenige Tausend Menschen darüber befinden, wie **Projekte von nationaler Tragweite** aussehen sollen, auch wenn sie besonders davon betroffen sind. Genauso verhält es sich mit einem Nationalpark im Spessart, wo es letztlich darum geht, aufgrund gültiger Beschlüsse der Bundesregierung 10 % des öffentlichen Waldes dauerhaft einer natürlichen Entwicklung zu überlassen. Im Spessart betrifft dies ausgedehnte Buchenwälder, also ein nationales Naturerbe, für das die bayerische Staatsregierung genau an dieser Stelle eine **besondere Verantwortung** trägt. Langfristig ist dieser Aspekt für die Gesellschaft wesentlich wichtiger als ein paar zusätzliche sechsspürige Autobahnkilometer.

Vor diesem Hintergrund halten wir die Ankündigung der Staatsregierung, dass ein Nationalpark nicht gegen den Willen der örtlichen Bevölkerung kommen wird, für politisch unklug und realitätsfern. Von allen anderen Nationalparkgründungen weiß man, dass sich ein sogenannter Akzeptanzkrater ausbildet, d. h. dass die Zustimmung zur Grenze eines geplanten Nationalparks hin abnimmt (Frohn et al. 2016). Und es wurde immer wieder gezeigt, dass dieser Krater der Akzeptanz in wenigen Jahren nach Ausweisung stark abflacht und sogar zu einem Gipfel der Akzeptanz werden kann. Deswegen kann das **lokale Stimmungsbarometer nur e i n Aspekt der Entscheidungsfindung** sein!

4.

Erfreulicherweise ist die Gesamtbevölkerung im Spessart aber nicht gegen einen Nationalpark, wie immer wieder behauptet wird. Eine Akzeptanzdelle besteht nur dort, wo die Politiker E. Sinner und P. Winter (Mdl) besonders aktiv gegen den Nationalpark arbeiten und ihre politischen Einflüsse ausspielen. Immerhin hat eine EMNID-Umfrage vom März 2017 für die drei Landkreise des Spessarts eine **deutliche Mehrheit für einen Nationalpark** ergeben. Noch überwältigender fällt die Zustimmung aus, wenn man die Stadt und den Landkreis Würzburg einbezieht. Genau dieser Eindruck bestätigte sich auch bei zahllosen Gesprächen an unseren Infoständen in zahlreichen Städten und Gemeinden der Region sowie bei vielen anderen Anlässen. Außerhalb von öffentlich angekündigten Veranstaltungen, bei denen regelmäßig dieselben Nationalparkgegner zum Widerstand aufrufen, sind **die meisten Menschen** dem Thema gegenüber **sehr aufgeschlossen**.

Die bei Bürgerbefragungen in wenigen Orten erfassten Gegenstimmen (nach derzeitigem Stand 3.877) sind im Vergleich zur Gesamtbevölkerung des Spessarts eine **winzige Minderheit** und liefern kein zutreffendes Stimmungsbild aus der Region. Es wäre sehr zu wünschen, dass die Landräte, die Anfang Juli ihre Einschätzung der Stimmung in München abliefern werden, nicht nur diese mageren Zahlen richtig interpretieren, sondern auch deren Zustandekommen durch **Angst- und Desinformationskampagnen** offen ansprechen würden.

5.

In einigen Gemeinden wurde die Meinungsbildung vor allem durch **Falschinformationen des Vereins „Wir im Spessart“** sehr negativ beeinflusst. Maßgeblichen Anteil daran hat dessen Vorsitzender Peter Winter (MdL), der seinen politischen Einfluss mit vielfältigen Abhängigkeiten dazu nutzt, eine weit vernetzte, teils furchteinflößende Kampagne gegen einen Nationalpark im Spessart zu führen.

Ein ganz wesentliches Kampagnen-Instrument ist dabei die **Diskreditierung objektiver Informationen aus dem bayerischen Umweltministerium** und damit verbunden der unverhohlene Aufruf, sich den Plänen der Staatsregierung zu widersetzen. Dieses Verhalten veranlasste den Journalisten Claus Morhart in einem Beitrag des Main-Echos vom 22.06.2017 zu der sehr treffenden Äußerung: *„Erschreckend ist das abgrundtiefe Misstrauen der Nationalparkgegner gegenüber dem Umweltministerium. Egal, welche Zusagen das Ressort zu Arbeitsplätzen, Eichen, Wegebenutzung oder Wasserversorgung macht: Es wird ihm im Spessart nicht geglaubt. Würden die Deutschen die gesamte Arbeit ihrer Regierungen so herabwürdigen – die Republik wäre nicht mehr zu führen.“*

Wenn solche oftmals demagogischen Strömungen in unserem Land durch einen Landtagsabgeordneten befeuert werden, der zudem seiner eigenen Regierungspartei in den Rücken fällt, lässt das für unsere Demokratie nichts Gutes ahnen. Viele umwelt- und demokratiesensiblen Bürger sind von diesem rüden Vorgehen so verprellt, dass sie uns gegenüber offen von einem **Denkzettel bei der kommenden Landtagswahl** sprechen.

Schließlich muss erwähnt werden, dass die Verunsicherungskampagne gegen den Nationalpark vor allem mit dem **Holzrechtsgutachten** von Rechtsanwalt Geislinger im Auftrag der Bayerischen Staatsforsten begründet wurde. Das Gutachten baut aber auf zwei **fundamental unrichtigen Behauptungen** auf, dass 1. der Nutzungsausfall der Kernzone des Nationalparks es unmöglich machen soll, die Oberholzrechtsansprüche zu bedienen, und dass 2. der Nutzungsentzug der Kernzone ein enteignungsgleicher Vorgang sei, gegen den jeder der 60.000 Spessartrechtler angeblich eine Entschädigungsklage einreichen könne.

6.

Wir akzeptieren nicht, dass den Menschen im Spessart durch lokale Potentaten mit ihren auf **Privilegienerhalt** bedachten Machtstrukturen die Chance auf das **„Jahrhundertprojekt Nationalpark“** genommen wird. Vielmehr fordern wir Sie zum Wohle aller auf, den Spessart als das fachlich am besten geeignete Gebiet für den weiteren Nationalparkprozess auszuwählen und in Zusammenarbeit mit der Region in die Konzeptphase einzutreten.

Freundliche Grüße

Michael Kunkel

1. Vorsitzender